

**Medienmitteilung vom 17. September 2019**

## **Zünfte und Frauen – Auftrag als erledigt abgeschlossen**

**Unter einigem Protest der Ratslinken hat eine Parlamentsmehrheit den Bericht des Bürgerrats zur Mitgliedschaft von Frauen in den Basler Zünften, Vorstadt- und Ehrengesellschaften sowie Korporationen entgegengenommen und abgeschlossen. Zudem wurde ein Auftrag des Grünen Bündnisses, der die Ausarbeitung einer Klimaschutzstrategie fordert, zur Prüfung überwiesen. Auch die prekäre Lage im Hardwald war ein Thema.**

**Hardwald-Sperrung:** Bürgerrat Leonhard Burckhardt informierte das Parlament zum aktuellen Stand im von Hitzeschäden betroffenen Hardwald: Seit einigen Wochen ist der gesamte Wald aus Sicherheitsgründen für die Öffentlichkeit durch die Standortgemeinde Muttenz polizeilich gesperrt. Die Sperrung dauert mindestens bis Ende Jahr, vielleicht auch länger.

Die Sicherheitsholzerei ist im Gange. Allein zur Entfernung des Totholzes stehen Kosten von bis zu CHF 1,4 Millionen an. Mittlerweile muss von über 6000 toten Bäumen ausgegangen werden.

Nach den Verkehrswegen hat nun die nachhaltige Sicherstellung der Trinkwasserversorgung und deren Infrastruktur hohe Priorität.

Allein für eine Wiederherstellung des Waldes wird mit Kosten von rund 4 Millionen Franken gerechnet. Obwohl die Zeit drängt und noch weitere Wälder in der Region (wenn auch weniger) betroffen sind, ist, gemäss Burckhardt, die klare Übernahme des Leads durch den Standortkanton Basel-Landschaft derzeit noch ausstehend.

**Frauen in den Zünften?** Eine Mehrheit des Bürgergemeinderats sieht mit Blick auf die Frauen im Basler Zunftwesen keinen weiteren Handlungsbedarf.

Im Herbst 2018 hatte das Parlament den Bürgerrat beauftragt zu prüfen, wie die Gleichstellung von Mann und Frau auch in Zünften, Vorstadt- und Ehrengesellschaften sowie Korporationen verwirklicht werden kann. Dazu hat der Bürgerrat nun Stellung genommen. Wie die selbst zünftige Bürgerrätin Fabienne Beyerle ausführte, hat das Gremium die bestehenden Rechtsgrundlagen geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die verfassungsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich Gleichstellung heute erfüllt sind. Denn seit Januar 2019 enthalten die Ordnungen sämtlicher Körperschaften eine Bestimmung, wonach Frauen den Männern durch Beschluss der Zunftversammlung gleichgestellt werden können.

Die parlamentarische Aufsichtskommission (AK) hat den Bericht im Vorfeld diskutiert und ist sich nicht einig geworden. Sie unterbreitete dem Parlament zwei Anträge: Die Mehrheit der AK-Mitglieder stimmte der Argumentation des Bürgerrats zu, indem sie insbesondere die Organisationsautonomie höher gewichtete. Eine Minderheit der AK vertritt die Auffassung, es gehe nicht an, den männlichen Zunftmitgliedern den Entscheid darüber zu überlassen, ob Frauen aufgenommen würden.

In der Parlamentsdiskussion vertrat die bürgerliche Seite die Meinung, dass die Basler Korporationen nicht zur Aufnahme von Frauen gezwungen werden können, da sie nicht Träger staatlicher Aufgaben seien. Dem hielt die Ratslinke entgegen, es gehe bei der ganzen Diskussion viel mehr um den Bürgerrat als rechtsgebende Behörde und Aufsicht der Zünfte – als diese habe sie sich an Bundesverfassung und Gleichstellungsgebot zu halten.

Mit 21 zu 12 Stimmen folgte das Parlament dem Mehrheitsantrag der AK und schrieb den Auftrag als erledigt ab.

**Klimaschutzstrategie gefordert:** Mit grossem Mehr überwiesen wurde der vom Bürgergemeinderat Pierre-Alain Niklaus (Grünes Bündnis) eingereichte Auftrag zur Ausarbeitung einer Klimaschutzstrategie. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Liegenschaften der Bürgergemeinde sollen auf netto Null gesenkt werden.

Der Bürgerrat zeigte sich offen, wies jedoch darauf hin, dass er sich der Sache aufgrund der bestehenden Kompetenzordnung nur in Form eines unverbindlichen Auftrags zur Prüfung und Berichterstattung annehmen kann.

**Migrantinnen und Migranten im Alter:** Mit einer Interpellation erkundigte sich Canan Özdem (SP) nach dem Umgang mit den Bedürfnissen von älteren zugewanderten Menschen in den Alters- und Pflegeheimen des Bürgerspital Basel. Der zuständige Bürgerrat Patrick Hafner versicherte, dass sich das Bürgerspital seit längerem mit der Thematik beschäftigt: Kulturell bedingte Unterschiede und Bedürfnisse werden - ebenso wie alle anderen - individuell berücksichtigt.

Bewohnende haben das Recht und die Möglichkeit, ihr kulturelles, religiöses und spirituelles Leben zu gestalten und im Alltag zu leben. Bei Bedarf werden sie darin auch aktiv von entsprechend geschultem Personal unterstützt. Im Alterszentrum Falkenstein wird sogar ein mediterraner Wohnbereich für Menschen aus dem Mittelmeerraum angeboten.

Die Auseinandersetzung mit der zunehmenden kulturellen Diversität hat aber auch gezeigt, dass die wachsende Heterogenität der Migrationsbevölkerung grosse Herausforderungen mit sich bringt und es zunehmend anspruchsvoller wird, allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

*Im Namen des Bürgergemeinderates*  
Der Präsident: Sebastian Kölliker  
Der Bürgerratsschreiber: Daniel Müller

*Besten Dank für eine Veröffentlichung.*  
*Weitere Auskunft erteilt gerne: Sebastian Kölliker, 079 249 11 58*